

Heute, Morgen und **Übermorgen** -

die Zukunft
des ländlichen Raumes
im Regierungsbezirk
Tübingen

Bezirkstag
am 24./25.04.2010 in Riedlingen

1 **Heute, Morgen und Übermorgen -** 2 **die Zukunft des ländlichen Raumes im Regierungsbezirk Tübingen**

3 4 **I. Einleitung**

5
6 Der ländliche Raum erstreckt sich laut Landesentwicklungsplan 2002 in Baden-Württemberg auf
7 knapp 70 % der Landesfläche und beherbergt dabei 35 % der Bevölkerung. Er ist mit seiner typi-
8 schen Struktur von hervorgehobener Bedeutung für die Entwicklung unseres Bundeslandes. Wäh-
9 rend im Vergleich zu den Ballungsräumen der Anteil der Angestellten im produzierenden Gewerbe
10 überproportional ist (50 % im Jahr 2007), sind nur noch 2 % in der Forst- und Landwirtschaft be-
11 schäftigt. Gerade in Baden-Württemberg zeigten sich diese Gebiete wirtschaftlich lange Zeit als
12 sehr dynamisch. In vielerlei Hinsicht sind sie es immer noch: der Altersdurchschnitt liegt hier noch
13 deutlich unter dem der Ballungsräume; die sozialen Bindungen sind Studien zufolge intensiver als
14 im städtischen Raum und, obwohl der ländliche Raum nicht für jeden, der dort wohnt, auch einen
15 Arbeitsplatz bietet, kann er auch in Zeiten der Krise einen relativ stabilen Arbeitsmarkt und eine
16 durchaus innovative Wirtschaft vorweisen.

17 Doch die Situation des ländlichen Raumes bietet auch spezifische Probleme. Obwohl hier noch
18 immer fast 15% mehr Kinder geboren werden als in den urbanen Regionen, ist der Geburtenrück-
19 gang auch im ländlichen Raum erheblich. Dies schafft neue Herausforderungen für die Organisati-
20 on der verschiedenen Bildungsformen. Die fortschreitende Zersiedlung und die steigende Anzahl
21 von Pendlern verlangen nach zukunftsgerechte Strategien in der Verkehrsplanung. Die wirtschaft-
22 liche Stabilität kann nur gesichert werden, wenn der Anschluss an die moderne Massenkommuni-
23 kation beschleunigt wird.

24 Für unseren Bezirk ist die Beschäftigung mit dem ländlichen Raum besonders wichtig, da hier mehr
25 als vier Fünftel der Fläche ländlich ist und auch noch mehr als die Hälfte der Bevölkerung "auf dem
26 Land" lebt. Die Chancen und Probleme des ländlichen Raumes müssen jetzt angegangen werden,
27 damit seine nachhaltige Attraktivität auch für künftige Generationen gesichert und ausgebaut
28 werden kann.

29 30 31 **II. Interkommunale Zusammenarbeit ist der Schlüssel zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit**

32
33 Der Regierungsbezirk Tübingen ist der ländlichste im Land Baden-Württemberg und mit knapp
34 über 1,8 Mio. (16 %) Einwohner auch der kleinste. Mit 255 Gemeinden, davon einem Stadtkreis
35 und 15 Großen Kreisstädten, stellt er aber fast ein Viertel aller Gemeinden in Baden-Württemberg.
36 Die Durchschnittsgröße der Gemeinden beträgt hier knapp über 7.000 Einwohner. Es haben 169
37 der 255 Gemeinden eine Einwohnerzahl unter 5.000. Dazu gibt es seit der Gemeindereform Anfang
38 der 70er Jahre 25 Gemeindeverwaltungsverbände und 34 Verwaltungsgemeinschaften im Regie-
39 rungsbezirk.

40 Die Gemeinde- und Landkreisreform vor knapp 40 Jahren ist eine der bedeutendsten politischen
41 Leistungen aller bisherigen CDU-geführten Landesregierungen in Baden-Württemberg. Die enor-
42 me Steigerung der Verwaltungskraft der vielerorts zusammengeführten Gemeinden kann getrost
43 als Wachstumslokomotive in den vergangenen Jahrzehnten, gerade im ländlichen Raum, bezeich-
44 net werden. Vieles ist zusammengewachsen, was zusammengehört. Auch die interkommunale Zu-

45 Zusammenarbeit hat deutlich an Fahrt gewonnen, z.B. interkommunale Gewerbegebiete gehören
46 vielerorts heute schon zum kommunalpolitischen Alltag.
47 Dennoch scheint eine Überprüfung und eine darauf folgende Standortbestimmung der kommunalen
48 Strukturen im Regierungsbezirk nach 40 Jahren sinnvoll zu sein. Die demografische Entwicklung
49 und die schwierige Haushaltslage wird die Kommunen in den nächsten Jahren geradezu dazu
50 zwingen. Für den Regierungsbezirk ist ein Bevölkerungsrückgang bis 2030 um ca. 60.000 Personen
51 prognostiziert. Allein der Landkreis Sigmaringen und der Zollernalbkreis werden voraussichtlich 7
52 % ihrer Einwohner verlieren. Gleichzeitig haben sich die Ansprüche der Bevölkerung bezüglich der
53 kommunal vorgehaltenen Infrastruktur deutlich nach oben entwickelt.
54 In Kenntnis all dieser sehr realitätsnahen Prognosen fordert die Junge Union Württemberg-
55 Hohenzollern alle Gemeinden im Regierungsbezirk Tübingen auf ihre kommunalen Strukturen zu
56 überprüfen. Insbesondere der Bereich der schulischen Zusammenarbeit besitzt noch sehr viel Po-
57tenzial zu mehr interkommunaler Zusammenarbeit. Aber auch der Kultur-, Sport- und Freizeitbe-
58reich sollte nicht ausgenommen werden.
59 Desweiteren sollten alle Gemeinden, die in Verwaltungsgemeinschaften zusammengeschlossen
60 sind, prüfen, ob der engere Zusammenschluss in einen Gemeindeverwaltungsverband für die Zu-
61kunft nicht der bessere Weg ist. Zusätzlich sollten alle in einem Gemeindeverwaltungsverband
62 zusammengeschlossene Gemeinden prüfen, ob nicht eine Fusion zu einer oder mehreren Gemeinden
63 eine zukunftsfähigere Alternative wäre. Dies gilt insbesondere für die Gemeinden mit einer Ge-
64meindegröße unterhalb von 2.000 Einwohnern.
65 Die Junge Union Württemberg-Hohenzollern fordert die Landesregierung von Baden-Württemberg
66 deshalb dazu, auf alle Landesprogramme für den ländlichen Raum zu überprüfen, ob zukünftig eine
67 interkommunale Ausrichtung sinnvoller erscheint, um damit den Gemeinden Anreize zur Zusammen-
68arbeit zu geben. Dabei ist ebenfalls zu prüfen, wie Anreize zur kombinierten Nutzung von Infrastruk-
69turen, etwa in Form von Mehrzweckgebäuden bei Bürgerhäuser/Feuerwehr/Bauhof/Rathaus/Kindergärten
70 etc., geschaffen werden können. Dies soll mit dem Ziel erfolgen, zwischen und innerhalb von Gemeinden
71 weitere Synergieeffekte und somit nachhaltige Kosteneinsparungen zu erzielen. Gleichzeitig könnten auch
72 seitens Land und Bund Fördergelder durch Zusammenlegen von Funktionen gespart werden.

73

74 **III. Mensch und Gesellschaft im ländlichen Raum**

75

76 In den vergangenen Jahrzehnten hat in Deutschland wie auch in den anderen westlichen Industrie-
77 nationen ein extremer gesellschaftlicher Wandel stattgefunden. Hatte zu Anfang des 20. Jahrhun-
78 derts noch nicht einmal jeder zehnte Bürger das 60. Lebensjahr erreicht, stellt diese Altersgruppe
79 heutzutage schon beinahe ein Drittel der Bevölkerung Deutschlands dar. Momentan beträgt die
80 Geburtenrate in Baden-Württemberg 1,36 Kinder je Frau und liegt damit knapp über dem Bundes-
81 durchschnitt von 1,34. Alleine für den Erhalt der aktuellen Bevölkerungszahlen würde in Deutsch-
82 land mindestens eine Geburtenrate von 2,1 Kindern je Frau benötigt.

83 Der zunehmende Wanderungsgewinn in die Ballungsräume täuscht in unserem Land über beste-
84 hende Probleme hinweg. Der ländliche Raum hat mit starken Abwanderungsbewegungen, v.a. von
85 jungen Menschen mit sozialer Mobilität, zu kämpfen. Soziale Strukturen ändern sich, der Erhalt der
86 Infrastruktur wird für die Kommunen immer unwirtschaftlicher und schwerer zu stemmen. Stetig
87 steigende Pendlerzahlen verzerren die Bevölkerungs- und Beschäftigungsstruktur und stabilisieren
88 den ländlichen Raum noch.

89 Als Junge Union muss es daher unser Anliegen sein, dass der Staat alles unternimmt, um den länd-
90 lichen Raum im Bezirk Württemberg-Hohenzollern attraktiver für junge Leute und insbesondere
91 für junge Familien zu gestalten! Nur auf diese Weise können wir erfolgreich in der Zukunft beste-
92 hen.
93 War das Motto des Landtagwahlkampfes der CDU im Jahr 2006 schon „Kinderland Baden-
94 Württemberg“, darf dieses Kinderland nicht als längst vergangener und vergessener Wahlkampf-
95 slogan abgetan, sondern muss in der Praxis verwirklicht werden.
96 Eine zentrale Aufgabe ist es zum einen, Familien zu unterstützen, zum anderen aber auch, junge
97 Menschen überhaupt erst in die Lage zu versetzen, eine Familie gründen zu können, ohne einen
98 wirtschaftlichen Abstieg zu erleben.
99 Um junge Familie zu unterstützen, fordern wir daher den qualitätsorientierten und bedarfsgerech-
100 ten Ausbau von Betreuungsangeboten (Kinderkrippen, Kinderhorte, Kindergärten und Kinderta-
101 gesstätten) für Kleinkinder. Jedoch darf hierbei der finanzielle Handlungsspielraum der Kommunen
102 nicht im erheblichen Maße eingeschränkt werden.
103 Gleichfalls müssen aktive Maßnahmen gegen die Abwanderung aus den ländlichen Regionen, die
104 den demographischen Wandel noch beschleunigt, ergriffen werden. Jungen Menschen in den länd-
105 lich geprägten Regionen Baden-Württembergs eine Ausbildung bzw. ein Studium zu ermöglichen,
106 sowie ihnen anschließend eine berufliche Perspektive zu geben, muss uns ein dringendes Anliegen
107 sein.
108 Auf neu entstandene Problemfelder im Zuge einer alternden Gesellschaft muss die Politik praxis-
109 nahe und nachhaltige Lösungen und Antworten bieten. So gewinnt die medizinische und Pflege-
110 versorgung im ländlichen Raum in zunehmendem Maße an Bedeutung, um älteren Menschen eine
111 angemessene, medizinische Grundversorgung vor Ort gewährleisten zu können.
112 Die Junge Union Württemberg-Hohenzollern fordert deshalb verstärkte Maßnahmen zum Ausbau
113 und Erhalt der Einrichtungen des Bildungs-, Betreuungs- und Gesundheitswesens im ländlichen
114 Raum.

115 116 117 **IV. Bildungs- und Hochschulpolitik im ländlichen Raum**

118 119 **Schulen**

120 Der Erfolg des Schulwesens in Baden-Württemberg liegt in seinem dreigliedrigen System. Die Dif-
121 ferenziertheit und Durchlässigkeit unseres Schulsystems bietet individuelle Anforderungs- und
122 Fördermöglichkeiten. Auch die Hauptschulen sind Bestandteile unseres Erfolgskonzepts und wir-
123 ken als starkes Fundament des dreigliedrigen Systems. Gerade im ländlichen Raum ist zwar eine
124 hohe Qualität der Hauptschulen gegeben, an Attraktivität und Akzeptanz der Hauptschulen man-
125 gelt es aber auch hier. Die Modifizierung der Hauptschulen zu neuen Werkrealschulen ist daher ein
126 wichtiger und richtiger Schritt in die Zukunft.

127 Die Junge Union Württemberg-Hohenzollern spricht sich für die Beibehaltung des dreigliedrigen
128 Schulsystems aus. Ziel soll eine Verbesserung der Schulqualität, nicht der Schulstruktur sein.

129
130 Das Konzept der neuen Werkrealschule stellt zunächst in den Augen der JU eine gelungene Innova-
131 tion dar. Allerdings darf eine Weiterentwicklung von Haupt- zu Werkrealschule nicht bedingungs-
132 los gewährt werden. Günstige Lage und herausragende Qualität einer Schule müssen die entschei-
133 denden Faktoren darstellen, die zu einer Modifizierung führen.

134 Die JU Württemberg-Hohenzollern fordert außerdem als Voraussetzung für eine Werkrealschule

135 mindestens Zweizügigkeit. Einzügige Werkrealschulen dürfen nur in Ausnahmefällen genehmigt
136 werden.

137 Die Zweizügigkeit sieht die JU Württemberg-Hohenzollern auch als essentielle Voraussetzung für
138 Gymnasien an. Auch im Bereich der Gymnasien dürfen einzügige Schulen nur den Einzelfall bilden.
139 Nach Ansicht der JU Württemberg-Hohenzollern muss die Hochwertigkeit von Schulen generell
140 der Standortfrage vorgezogen werden.

141

142 **Hochschulen**

143 Es besteht in keinem anderen Bundesland eine solche Vielfalt an Hochschulen wie in Baden-
144 Württemberg. Der Mix aus Universitäten, Fachhochschulen, Pädagogischen Hochschulen und der
145 Dualen Hochschule stellt ein attraktives Angebot für die aktuell 280 000 Studenten im Ländle dar.

146 Mit der dualen Ausbildung ist es möglich, die Wirtschaft im Ländlichen Raum zu stützen und
147 gleichzeitig eine weitere Bildungsmöglichkeit bereitzustellen. Alle Hochschulen und im besonde-
148 ren unsere vier Eliteuniversitäten des Landes lehren auf hohem Niveau und sind zum Teil im inter-
149 nationalen Vergleich von herausragender Qualität. Das Erfolgsgeheimnis unserer Hochschulstruk-
150 tur liegt in ihrer Dezentralität. Die Duale Hochschule spielt hier eine entscheidende Rolle. Denn
151 mit der Dualen Hochschule kann Ausbildung dort stattfinden, wo Wertschöpfung ist.

152 Darum begrüßt die JU Württemberg-Hohenzollern den im Zuge des Hochschulprogramms 2012
153 bereits begonnenen Ausbau der Hochschulen im ländlichen Raum. Im Sinne der JU sollten vorder-
154 gründig Ausbaupläne für das Konzept der Dualen Hochschule Berücksichtigung finden. Die enge
155 Verzahnung von Hochschule und Unternehmen bietet beste Bedingungen dafür, den dringend
156 erforderlichen Austausch von Wirtschaft und Wissenschaft zu intensivieren.

157

158 **Kooperationsmodelle**

159 Die Junge Union Württemberg-Hohenzollern sieht Kooperationen von Schulen, Hochschulen mit
160 Unternehmen und außerschulischen Lernorten gerade für den ländlichen Raum als besonders vor-
161 teilhaft an. Durch die Zusammenarbeit von Schulen mit Museen, Gedenkstätten, Archiven, Biblio-
162 theken und Theater könnten Schüler wie Einrichtungen in großem Maße profitieren.

163 Die JU Württemberg-Hohenzollern fordert daher die Landesregierung auf, Kooperationen dieser
164 Art finanziell zu unterstützen. Als Vorbild könnte das Literaturmuseum der Moderne (LiMo) in
165 Marbach am Neckar dienen.

166 Die JU Württemberg-Hohenzollern ruft ferner die Landesregierung auf, das Modellprojekt "Bil-
167 dungshaus 3-10" auf den ländlichen Raum auszudehnen. Das bisher nur 33 Modellschulen umfas-
168 sende Projekt, das ein gemeinsames Lernen von Kindergartenkindern und Grundschulern ermög-
169 licht, sollte durch weitere Schulen im ländlichen Raum erweitert werden. Denn gerade dort ist eine
170 solche Zusammenarbeit auf Grund der geringen Kinderzahl besonders sinnvoll.

171

172

173 **V. Infrastruktur & Verkehr**

174

175 Die Bundesstraßen B10, B27, B30, B31, B311 und B312 gehören zu den Hauptverkehrsadern in
176 unserem Regierungsbezirk. Die Menschen in unserer Region sind besonders auf diese Verkehrswe-
177 ge über Land angewiesen, da unser Bezirk kaum über Autobahnverbindungen verfügt. Gemessen
178 an der Wirtschaftskraft unserer Region zwischen Neckar und Bodensee stehen wir seit Jahren in

179 einem massiven Reformstau im Hinblick auf den Ausbau unserer Bundesfernstraßen. Zu lange
180 wurden vorrangig Straßenbauprojekte im Norden und Osten Deutschlands realisiert.

181 Die Junge Union Württemberg-Hohenzollern fordert deshalb den komplett vierspurigen, auto-
182 bahnähnlichen Vollausbau der Bundesstraßen B27, B30 und B31, um unsere Region und dabei ge-
183 rade auch den ländlichen Raum als attraktiven und lebendigen Wirtschafts- und Lebensraum zu
184 erhalten und weiter zu stärken.

185 Weiterhin fordern wir den konsequenten bedarfsgerechten Ausbau aller übrigen Bundesstraßen im
186 Regierungsbezirk Tübingen, insbesondere der B 311 und B 312.

187

188 Die Elektrifizierung der Südbahn ist gerade für den Raum Bodensee/ Oberschwaben ein wegwei-
189 sendes Projekt allerhöchster Priorität. Die Südbahn verbindet die Städte Ulm und Friedrichshafen
190 und ist damit eine notwendige Ergänzung zum Großprojekt Stuttgart 21 und zum Ausbau der Eu-
191 ropäischen Magistrale Paris-Stuttgart-Ulm-Budapest. Diese regionale Bahntrasse bildet im Hin-
192 blick auf die Europäische Magistrale als Hauptverkehrsader und den Verkehrsknotenpunkt Stutt-
193 gart eine der tragenden Verkehrsrippen, die die Verkehrsströme an die Hauptstrecken heranführt.
194 Das politische Tauziehen um dieses Projekt zwischen Bund, Land und Deutscher Bahn AG ist der-
195 zeit in vollem Gange.

196 Die Junge Union Württemberg-Hohenzollern fordert deshalb die verantwortlichen Ent-
197 scheidungsträger Bund, Land und Bahn auf, das Projekt „Elektrifizierung der Südbahn“ nun
198 umgehend zu beschließen und spätestens 2013 mit dem Bau zu beginnen.

199 Zudem fordern wir in einem zweiten Schritt die Elektrifizierung der Bodenseegürtelbahn
200 zwischen Lindau und Radolfzell sowie der Bahnstrecke Sigmaringen-Albstadt-Tübingen.

201 Nur so kann gewährleistet werden, dass die Bahn auch in der Fläche ein attraktiver Ver-
202 kehrsträger bleibt und gleichzeitig die Anbindung an die Europäische Magistrale gestärkt
203 wird. Unsere Region braucht diesen Anschluss an die Überholspur, andernfalls droht das
204 Abstellgleis.

205

206 Gerade im ÖPNV bedarf es künftig weiter einer besseren Vernetzung der vorhandenen Verkehrs-
207 verbünde. Schüler, Studenten und Berufspendler können die bestehenden Bus- und Bahnverbin-
208 dungen nur wirksam nutzen, wenn die verschiedenen regionalen Verbundzonen effektiver mitein-
209 ander vernetzt werden. Gerade die Vernetzung der verschiedenen bereits vorhandenen Zonen
210 ermöglicht eine bessere Verkehrsanbindung des ländlichen Raumes in der Fläche mit den Haupt-
211 verkehrsadern und der Metropolregion Stuttgart.

212 Die Junge Union Württemberg-Hohenzollern begrüßt zunächst das für Studenten neu geschaffene
213 Anschluss-Semesterticket vom Naldo-Gebiet an den Stuttgarter Verkehrsverbund VVS. Allerdings
214 kostet dieses bislang für Naldo-Karteninhaber zusätzlich 249,45 Euro, während Naldo selbst umge-
215 kehrt für VVS-Karteninhaber nur 100,40 Euro für ein Anlussticket erhebt. Hier fordern wir eine
216 ausgewogenere Preispolitik im Sinne eines für Studenten wirtschaftlich vertretbaren Preisgefüges.
217 Ebenso fordert die Junge Union Württemberg-Hohenzollern die zügige Einführung eines Semester-
218 Anlusstickets zur gemeinsamen Anbindung aller drei Verkehrsbünde naldo, Bodo und DING.

219 Über die Schaffung solcher Anlusstickets hinaus muss der Linienverkehr an den Anschlussstel-
220 len der Verbundgrenzen künftig auch besser vertaktet und aufeinander abgestimmt werden.

221

222

223

224 VI. Die Infrastruktur der Zukunft - Breitband für den ländlichen Raum

225

226 Das 21. Jahrhundert wird als das Datenzeitalter in die Geschichte eingehen. In einer Zeit, in der
227 immer größere Daten im Internet verfügbar sind und weltweit versendet werden, ist der Anschluss
228 an ein leistungsfähiges Breitbandnetz unumgänglich. Gerade in ländlichen Regionen Baden-
229 Württembergs ist eine zufrieden stellende Breitbandversorgung mit DSL-Standard zurzeit nicht
230 gegeben. Der Regierungsbezirk Tübingen ist in weiten Teilen ländlich geprägt. Der schnelle Zugang
231 zum Internet ist ein entscheidender Standortfaktor für die Ansiedelung neuer und für den Erhalt
232 bereits bestehender Unternehmen. Gleichzeitig hat der Ausbau des Breitbandnetzes Signalwir-
233 kung für den Bürger im Hinblick auf eine strukturelle Aufwertung und Belebung des ländlichen
234 Raumes.

235 Nachdem der ländliche Raum in unserem Regierungsbezirk bereits in weiten Teilen von den großen
236 Bundesverkehrswegen abgehängt und in seiner Entwicklung eingeschränkt ist, darf diese Benach-
237 teiligung kein zweites Mal Wirklichkeit werden.

238 Die Junge Union Württemberg-Hohenzollern begrüßt ausdrücklich die hierfür bereits vorhandenen
239 Investitionsprogramme von Bundes- und Landesregierung und fordert trotz aller Sparzwänge eine
240 Beibehaltung dieser Zukunftsinvestitionen.

241 Landesweit werden unterschiedliche Lösungsansätze von den Landkreisen und Gemeinden ver-
242 folgt. Die Vielfalt der Lösungsansätze ermöglicht es den Verantwortlichen vor Ort, den Ausbau
243 nach wirtschaftlichen und technischen Gesichtspunkten zu optimieren. Die Junge Union Württem-
244 berg-Hohenzollern begrüßt hierbei vor allem Projekte interkommunaler Zusammenarbeit ver-
245 schiedener Gemeinden. Stellvertretend ist hier das Modellprojekt des Gemeindeverwaltungsver-
246 bandes Langenau zu nennen, bei dem neben Leerrohren auch Glasfaserkabel durch die öffentliche
247 Hand verlegt werden. Nach Fertigstellung der Baumaßnahmen wird der Verwaltungsverband den
248 Betreiber des Breitbandnetzes öffentlich ausschreiben und jeder Kunde erhält innerhalb von zwölf
249 Monaten ein Angebot für einen DSL-Anschluss.

250 Die Junge Union Württemberg-Hohenzollern fordert den zügigen Ausbau des Breitband-
251 netzes in Gebieten, die bisher nicht oder nicht ausreichend erschlossen sind. Aufgrund der
252 fehlenden Wirtschaftlichkeit für den Ausbau der Breitbandnetze in weniger dicht besiedel-
253 ten Gebieten, ist die öffentliche Hand aufgefordert, im Rahmen der Daseinsvorsorge hier
254 aktiv zu werden.

255 Die Versorgung der Bürger mit Breitband ist heute genauso selbstverständlich, wie es frü-
256 her der Anschluss an die Strom- und Wasserversorgung war. Aus diesem Grund fordert die
257 Jungen Union Württemberg-Hohenzollern die Einführung eines Grundversorgerstatus', wie
258 er bereits bei Postdienstleistungen und in der Energieversorgung besteht. Nur so wird die
259 Politik der Bedeutung der Datenverbindungen für die wirtschaftliche und soziale Entwick-
260 lung gerecht und trägt zu einer nachhaltigen Versorgung der gesamten Bevölkerung bei.
261 Bund, Land und Kommunen müssen bei Ihren Ausbauintiativen jedoch auch ein Anbieter-
262 monopol vermeiden. Um Bürgern und Gewerbetreibenden auch nachhaltig ein attraktives
263 und finanzierbares Breitbandangebot zu bieten, muss der Druck des Wettbewerbs zwi-
264 schen Dienstleistern („Provider“, nicht der technische Netzbetreiber der „Last Mile“) ge-
265 sichert werden.

266

267

268

VII. Agrarpolitik – Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des ländlichen Raumes

269
270
271
272
273
274
275
276
277
278
279
280
281
282
283
284
285
286
287
288
289
290
291
292
293
294
295
296
297
298
299
300
301
302
303
304
305
306
307
308
309
310
311
312
313

Die Landwirte im Regierungsbezirk Tübingen sehen sich schon seit Jahrzehnten stetig zunehmenden Herausforderungen gegenüber. Ein intensiver Strukturwandel und eine im bundesweiten und europäischen Vergleich teilweise benachteiligte topographische Lage kennzeichnen die Landwirtschaft in unserer Heimat. Die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe nahm von 33.000 im Jahr 1979 auf 14.000 im Jahr 2007 ab. Gleichzeitig erhöhte sich die durchschnittliche Betriebsgröße im gleichen Zeitraum von 14 auf 31 ha. Hinzu kommen mehrere EU-Agrarreformen, die die Betriebe in besonderer Weise herausgefordert haben, z. B. die Entkopplung der Direktzahlung von der Produktion. Dennoch erbringen die Landwirte weiterhin vielfältige Leistungen zur Versorgung der Bevölkerung mit gesunden und qualitativ hochwertigen Lebensmitteln und zur Pflege unserer einzigartigen Kulturlandschaft.

Die schrittweise Reduzierung der EU-Landwirtschaftsbeihilfen von heute 45 % auf dann 35 % des Gesamthaushaltes im Jahr 2013 und ein ruinöser Wettbewerb im Einzelhandel stellen heute die wirtschaftliche Perspektive vieler Betriebe in Frage. Die Junge Union sieht die Landwirte in erster Linie als selbständige Unternehmer und Nahrungsmittelproduzenten. Darüber hinaus müssen sie aber auch für die Leistungen, die sie für die Allgemeinheit erbringen, angemessen entschädigt werden. Deshalb war die Entkopplung der Direktzahlungen von der Produktion eine völlig richtige Entscheidung. Die Verantwortung der Bundespolitik liegt auch zukünftig darin, die Wettbewerbsbedingungen der Agrarbetriebe in unserem Land im Vergleich zu ihren Konkurrenten zu verbessern. Aber auch die Landwirte sind weiterhin gefordert ihre Strukturen den geänderten Rahmenbedingungen anzupassen.

Darüber hinaus muss die Politik die Sorgen der Bürger und Landwirte bei grüner Gentechnik ernst nehmen und darf keine unnötigen Risiken eingehen. Die Forschung im Bereich der grünen Gentechnik befindet sich noch in einem so frühen Stadium, bei dem möglichen Risiken noch nicht vollständig abschätzbar sind.

Aufgrund dieser Bestandsanalyse leiten sich folgende Forderungen der JU Württemberg-Hohenzollern ab:

Die Junge Union Württemberg Hohenzollern fordert das Europäische Parlament und den EU-Agrarministerrat auf, auch nach dem Jahr 2013 die 1. Säule und 2. Säule der Agrarpolitik beizubehalten. Desweiteren sprechen wir uns gegen eine einheitliche Flächenprämie für alle Mitgliedstaaten aus. Bei der Weiterentwicklung der europäischen Agrarpolitik müssen die historisch geleisteten Zahlungen Berücksichtigung finden.

Wir sprechen uns für die Abschaffung der staatlichen Quotenregelung in der Milchproduktion ab dem Jahr 2015 aus, fordern jedoch die größtmögliche Unterstützung der Politik gegenüber den Landwirten beim Aufbau eines privat organisierten Milchmengenmanagements.

Um die Wettbewerbsbedingungen der Landwirte zu verbessern, fordern wir eine gleiche Agrardieselbesteuerung in ganz Europa.

Die Junge Union fordert die Intensivierung der Forschung im Bereich der grünen Gentechnik, spricht sich aber klar gegen Freilandversuche bei Gen-Getreide und Gen-Raps im Regierungsbezirk Tübingen aus, solange die Fragen der Koexistenz und der Haftung gegenüber konventionell wirtschaftenden Betrieben und Biolandbetrieben noch nicht geklärt sind. Desweiteren setzen wir uns für die Erhaltung und Weiterentwicklung der erfolgreichen Landesagrарprogramme (z.B. MEKA) ein.

VIII. Umweltpolitik – natürliche Grundlagen schützen

Flächen intelligent verwenden, nicht verbrauchen

Im Gegensatz zu städtischen Regionen ist Umweltpolitik für den ländlichen Raum Strukturpolitik im eigentlichen Sinne. Nicht nur beim Erhalt der Landschaft, sondern auch beim Wandel zu dezentraler und regenerativer Energiegewinnung spielt der ländliche Raum eine zentrale Rolle. Diesen natürlichen Lebensraum für Tiere und Pflanzen zu erhalten, ist Aufgabe des Menschen, als Bewahrer der Schöpfung. In diesem Zusammenhang spielt der Flächenverbrauch eine zentrale Rolle. Der tägliche Flächenverbrauch in Baden-Württemberg ist von 11,8 ha im Jahr 2001 auf 8,2 ha im Jahr 2008 zurückgegangen. Ob diese positive, aber schwankende Entwicklung anhält, ist aber keineswegs sicher. Besonders in kleineren Gemeinden ist der Flächenverbrauch immer noch überproportional. Dem gilt es, durch intelligente und vorausschauende kommunale Baulandpolitik entgegenzuwirken.

Die Junge Union Württemberg-Hohenzollern begrüßt deshalb die Weiterführung des „Modellprojekt Eindämmung des Landschaftsverbrauchs durch Aktivierung des innerörtlichen Potentials“ (MELAP) in Form von MELAP+ durch das Land Baden-Württemberg als ein wichtiges Instrument um den Landschaftsverbrauch im ländlichen Raum wirksam einzudämmen. Wir sehen mit Besorgnis auf immer neue und überdimensionierte Einkaufskomplexe, die außerhalb der Innenstadtkerne entstehen. Hierdurch werden nicht nur die wirtschaftlichen Probleme des Einzelhandels verstärkt, sondern auch die soziale und kulturelle Bedeutung der Innenstädte geschwächt. Für den ländlichen Raum mit seiner ohnehin schwachen Bevölkerungsentwicklung sehen wir darin eine besondere Gefahr.

Wir fordern deshalb:

- einen „Pakt gegen Flächenverbrauch“ zwischen Land und Kommunen, wie ihn der Landesverband der Jungen Union schon länger anmahnt
- die Kommunen in Baden-Württemberg dazu auf, den Leitsatz „Innenentwicklung statt Außenentwicklung“ konsequent umzusetzen, um dem Innenstadtsterben einen Riegel vorzuschieben
- den Bund dazu auf eine Flexibilisierung des Grundsteuerrechts zu beschließen. Damit bekämen die Kommunen die Möglichkeit, finanzielle Anreize zur effizienteren Nutzung von Innen- und Brachflächen zu schaffen, und den weiteren Flächenverbrauch einzudämmen

Regenerative Energie – CO₂-Emissionen mit wirksamen Anreizen senken

Baden-Württemberg hat durch seine Nachhaltigkeitsstrategie die Ziele und Instrumente seiner Umweltpolitik festgelegt. Hierbei wurde ein eindeutiger Schwerpunkt auf den Ausbau erneuerbarer Energieträger gelegt. Mit dem „Erneuerbaren- Wärme- Gesetz“ hat das Land im Bundesvergleich eine Vorbildfunktion bei der Senkung von CO₂-Emissionen eingenommen.

Für die JU Württemberg-Hohenzollern ist das „Erneuerbare- Wärme- Gesetz“ ein Schritt in die richtige Richtung, um Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit in Einklang zu bringen.

Wir begrüßen das Ziel der Landesregierung bis zum Jahr 2020 den Anteil der regenerativen Energie am Primärenergiebedarf auf 20% zu steigern. Bei der Zusammensetzung des Energiemixes sind aber die topographischen, geographischen und wirtschaftlichen Besonderheiten des ländlichen Raumes in Baden-Württemberg zu berücksichtigen. So ist die Wasserkraft aufgrund des langen Verlaufs von Rhein und Neckar eine sinnvolle Energiequelle, während Windkraft nur in einigen

359 wenigen Regionen mit ausreichender Windhöffigkeit sinnvoll ist. Vor diesem Hintergrund ist es
360 zwar zu begrüßen, dass die Regionalverbände für die Ausweisung von Standorten für Windkraftan-
361 lagen zuständig sind und somit die lokalen Gegebenheiten und Entwicklungsschwerpunkte ge-
362 meinsam mit den Kommunen einbeziehen sollen. Allerdings muss das Land einen Zwang zur Aus-
363 weisung von Standorten vermeiden und für eine landesweite Gesamtkoordination der Flächen-
364 ausweisung sorgen!

365 Eine Reihe von Nachbesserungen im EEG in den letzten Jahren und Monate haben die Förderung
366 von Erneuerbaren Energien noch effizienter gemacht: nicht nur aus ordnungspolitischer, sondern
367 auch aus naturschutz- und ernährungspolitischer Sicht ist der Wegfall der Förderung von Photovol-
368 taik-Großanlagen auf Ackerflächen notwendig gewesen.

369 Mit dem KWK-Bonus ist ein richtiger Anreiz gesetzt worden, um die CO₂-Bilanz von Biogas-
370 Anlagen sinnvoll zu gestalten.

371 Wir fordern aber auch, dass Anlagen, die immer noch ohne Wärmekonzept betrieben wer-
372 den, mit einem Malus sanktioniert werden. Es kann nicht sein, dass wir aus Umweltschutz-
373 gründen eine miserable CO₂-Bilanz mit unserer Stromrechnung subventionieren.

374 Die Junge Union Württemberg-Hohenzollern lehnt unflexible und ideologische geführte
375 Zielvorgaben für einzelne regenerative Energiequellen entschieden ab.

376 Wir fordern, dass der Gülle-Bonus bei Biogas-Anlagen nur für den Anteil der erzeugten
377 Energie ausbezahlt wird, der tatsächlich aus Gülle produziert wurde. Im Gegenzug, müsste
378 über eine Modifizierung der Grundvergütungsstruktur zugunsten kleinerer Anlagen (unter
379 150KW) nachgedacht werden.

380 Wir halten die Kernenergie als Brückentechnologie auch weiterhin für einen in Baden-
381 Württemberg notwendigen Teil des Energiemixes und fordern das Landes- und Bundes-
382 umweltministerium deshalb dazu auf, die im Atomausstiegsgesetz vorgesehenen Instru-
383 mentarien einzusetzen, um eine vorzeitige Abschaltung des sicheren Gemeinschaftskern-
384 kraftwerk Neckar (GKN) zu verhindern, bis ein Gesamtenergiekonzept ausgearbeitet wur-
385 de. Beim Weiterbetrieb muss die Sicherheit, und nicht das bloße Alter der ausschlaggeben-
386 de Faktor sein.

387